

EIN ANTRAG DEN WIR STELLEN WOLLEN

DIE LINKE.Würzburg - Jägerstr. 2 - 97082 Würzburg

Stadtverwaltung
z. Hd. / Frau Oberbürgermeister/in
Rückermainstraße 2
97072 Würzburg

DIE LINKE. Würzburg
Jägerstr. 2
97082 Würzburg
Telefon: 0931 3207 555 (AB)
Homepage: www.die-linke-wuerzburg.de

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, bzw. sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte

Antrag der Stadtratsfraktion der Partei Die Linke:

Die Stadt Würzburg führt ein Sozialticket ein, eine ermäßigte Monatskarte zum Preis von 18 € , gültig in der Großwabe, ohne Ausschlusszeiten. An Sonn- und Feiertagen und in den bayerischen Schulferien ist das Sozialticket im gesamten Netz gültig.

Antragsberechtigter Personenkreis sind Arbeitslosengeld II Empfänger und Familienangehörige der Bedarfsgemeinschaft, Bezieher von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz, Bezieher von Altersrenten, Familien mit geringem Einkommen und andere Personen mit niedrigem oder keinem Einkommen.

Begründung:

Mobilität ist eine Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben.

Jede Bürgerinnen und jeder Bürger hat ein Anrecht darauf am Stadtleben teilzunehmen. Das soziale und kulturelle Leben darf nicht auf die unmittelbare Nachbarschaft beschränkt werden, auch und gerade wenn die mit einer Arbeitstelle verbundenen Sozialkontakte fehlen.

Im Regelsatz von Arbeitslosengeld II sind nur 18,11 € im Monat für Verkehrsdienstleistungen vorgesehen. Damit kommt man derzeit nicht weit. Ein Einzelfahrschein kostet 2 Euro, geht man von einer Hin- und Rückfahrt aus, können Betroffene nur ca. einmal pro Woche den ÖPNV nutzen. Doch gerade sie müssen oft weite Wege in Kauf nehmen, um sich mit Lebensmittel von der Tafel zu versorgen

oder Sonderangebote wahrzunehmen, wovon der Gesetzgeber bei der Berechnung der Regelsätze ausgegangen ist. Sie müssen Behördengänge erledigen, Beratungsstellen aufsuchen, sich bewerben, fortbilden oder müssen auch mal zum Arzt. Die Zahl der Erwerbstätigen, die auf ergänzendes Arbeitslosengeld II angewiesen sind steigt stetig. Diese Bürgerinnen und Bürger müssen oft täglich mit dem mit dem WVV zur Arbeit fahren, obwohl sie nur geringfügig mehr Geld im Monat zur Verfügung haben. Die durchschnittliche Rente in Würzburg beträgt nur 591 Euro. Ein Drittel aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nur teilzeitbeschäftigt, oder in einem Minijob oder in Leiharbeit beschäftigt. Bürgerinnen und Bürger dürfen sich nicht gezwungen sehen „kostenfrei“ zu fahren. Denn dies zieht nur eine Kriminalisierung nach sich. Zudem entsteht einer hoher Aufwand durch Einnahmeverluste und Bußgeldverwaltung. Würzburg braucht ein leicht zugängliches Angebot um diesen Missstand zu beseitigen.

Wir bitten Sie , sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, bzw. sehr geehrter Herr Oberbürgermeister das Einverständnis einer Mehrheit für diesen Antrag einzuholen.. Wir bitten das Stadtratsgremium um die Zustimmung zu diesen Antrag.

Mit freundlichen Grüßen,

Belinda Brechbilder

Stadtratsfraktion Die Linke
Liste 9 – Platz 1